



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 15. November 2023

Von Wolfgang Liedtke

Die Einladung zur Novembersitzung wies nicht viele Traktanden auf. Die meiste Spannung versprach die Neuwahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission, denn hierzu konnte sich die IFK nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen.

Fragestunde

Anbindung Dietlimoos an Zürichstrasse – Kartonsammlung – Bahnunterführung Sood

In dieser Fragestunde richteten sich alle Fragen an die Ressortvorsteherin der Werkdienste. Gabriel Mäder (GLP) erkundigte sich nach der Eröffnung des Durchgangs vom Dietlimoos zur Grütkreuzung an der Zürichstrasse. Weiterhin wollte er wissen, wann der Quartierhain im Dietlimoos fertiggestellt werden soll und wann der Installationsplatz der Baustelle MERBAG beseitigt werden soll. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte, dass der Durchgang zur Zürichstrasse seit Ende September provisorisch befestigt sei und demnächst geöffnet werden soll. Die Anlage des Quartierhains ist zurzeit in Prüfung, einen definitiven Termin gibt es noch nicht. Der Installationsplatz der MERBAG soll nach Fertigstellung des Quartierhains abgeräumt werden.

Harry Baldegger (FW) wollte wissen, wie sich die Menge des gesammelten Kartons seit der Einführung der Gebühr für die Benutzung des Werkhofs entwickelt hat. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) bezifferte den Anstieg der Kartonmenge bei der monatlichen Sammlung mit 3,55 Prozent, beim Altpapier gab es einen Rückgang von 4 Prozent. Sie teilte ausserdem mit, dass ab Anfang 2024 zweimal pro Monat Karton und Altpapier gesammelt werden soll. Die Kosten der Entsorgung würden dadurch nicht zunehmen.

Heinz Melliger (FW) wies auf die Verdichtung des Zugfahrplans der Sihltalbahn ab 2028 hin und wollte in diesem Zusammenhang den Stand der Projektierung der Bahnunterführung Sood wissen. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) korrigierte den Fragesteller mit Hinweis auf die Webseite der SZU, dass die Verdichtung des Fahrplans erst ab 2030 vorgesehen sei. Mit der Planung der Unterführung sei 2020 begonnen worden. Das Vorprojekt werde demnächst abgeschlossen. Die Stadt sei bei diesem Projekt abhängig vom Fortschritt der Erneuerung der Sihltalstrasse durch den Kanton. Der Baubeginn der Unterführung könne nicht vor 2028 sein, weil dann erst die Sihltalstrasse erneuert sein wird. Die Bauzeit der Unterführung wird mit zwei Jahren veranschlagt, so dass sie rechtzeitig zu Taktverdichtung fertig werden sollte.

Ersatzwahlen für die Rechnungsprüfungskommission

Nachdem Walter Übersax (Mitte) in der Septembersitzung verabschiedet worden war, musste für ihn ein neues Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (RPK) gewählt und das Präsidium der RPK neu besetzt werden. Für die Wahl des neuen Mitglieds der RPK war das Ersatzmitglied für Walter Übersax, Sarah Tosun (Mitte), unbestritten. Sie wurde einstimmig gewählt.

Anders war die Ausgangslage bei der Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin. Die Mehrheit der RPK und die Mehrheit der Interfraktionellen Kommission empfahlen Silvia Helbling (FDP) zur Wahl. Das Präsidium würde somit von der Mitte/GLP/EVP zur FDP übergehen. Zwar hatte die FDP seit den letzten Gemeindewahlen kein Kommissionspräsidium besetzt, obwohl ihnen die Präsidien der Sachkommission (SaKo) und der Einbürgerungskommission angeboten worden waren. Schliesslich hatte die SP der FDP zum Ausgleich einen Sitz in der SaKo, auf den sie gemäss Wahlergebnis Anspruch hatte, überlassen. Die SP war der Ansicht, dass bei der Übernahme des RPK-Präsidium durch die FDP der Sitz in der SaKo wieder von der FDP an sie zurückgehen müsse. Weil die FDP dies

bis zum Schluss verweigerte, hatte die SP ihre Unterstützung für die Wahl von Silvia Helbling verweigert und sich in der letzten Fraktionssitzung für die Wahl des Kandidaten der Mitte/GLP/EVP, Christoph Sütterlin (Mitte), ausgesprochen. Gemeinsam hätten Mitte/GLP/EVP, SP und Grüne die Wahl des Kandidaten der Mitte durchsetzen können. Ein Versuch, die Grünen von dieser Option zu überzeugen, schlug allerdings fehl. Gewählt wurde Silvia Helbling (FDP) mit 20 Stimmen gegen 11 Stimmen für Sütterlin (Mitte). Damit ist die FDP nun in den Kommissionen des Grossen Gemeinderates wie auch in den selbständigen Kommissionen (Sozialkommission, Baukommission) stärker vertreten als vom Wählerwillen 2022 bestimmt. Die SP wird daraus die Leere ziehen, in Zukunft keine Konzessionen bei der Besetzung von Kommissionssitzen mehr einzugehen.

Ersatzbau eines Entsorgungsparks

Eigentlich sollte der bestehende Entsorgungspark erneuert werden. Der aktuelle Standort neben der Feuerwehr erwies sich aber als nicht geeignet wegen der beengten Verhältnisse und wegen der Gewässerabstandslinie. Deshalb beantragte der Stadtrat den Ersatzbau des Entsorgungsparks direkt neben dem Eingang zur Tüfi-Sportanlage. Auf dem Gelände der Altinova AG steht ausreichend Platz zur Verfügung, den die Stadt im Baurecht erwerben könnte. Die Warteschlangen auf der Tüfi- und Zürichstrasse könnten beseitigt werden. Für den Skatepark, der der Ersatzanlage weichen müsste, müsste allerdings ein neuer Standort gefunden werden. Für den Ersatzbau beantragte der Stadtrat einen Kredit von CHF 4,6 Mio., welche aus einem für Abfall und Entsorgung angelegten Spezialfonds entnommen werden. Ausserdem soll beim Zweckverband für Entsorgung Zimmerberg eine finanzielle Beteiligung beantragt werden.

Als Sprecher der RPK stellte Bernie Corrodi (FW) das Geschäft vor und sprach sich im Namen der Kommission für die Zustimmung aus. Er verband damit die Hoffnung, dass durch die effizientere Abwicklung im neuen Entsorgungspark die Abfallgebühren gesenkt werden können. Sebastian Huber (SVP) erinnerte daran, dass die Erneuerung des Entsorgungsparks am alten Standort ursprünglich mit CHF 2 Mio veranschlagt worden war und kritisierte die viel zu hohen Kosten für das vorgelegte Projekt. Er stellte eine Verknüpfung mit der letzten Steuerfusserhöhung um 2 Prozent her ein Argument, das deshalb unsinnig ist, weil die Finanzierung aus einem Spezialfonds geschieht, der aus Gebühren gebildet wurde. Ausserdem kritisierte er den Abbau des Skateparks, an dessen Neuanlage an einem anderen Standort er nicht glauben wollte, und erinnerte an berüchtigte Versprechen des Stadtrats aus der Vergangenheit (Sonne-Saal). Schliesslich drückte er seine Befürchtung aus, dass der neue Entsorgungspark von Zürcher Bürgern genutzt werden könnte.

Für die SP-Fraktion argumentierte Esen Yilmaz wie folgt:

Bei der Ausarbeitung des Vorprojektes hat sich gezeigt, dass ein Umbau respektive eine Sanierung des Bestandes aufgrund der Anforderungen und aus betriebstechnischen Gründen am aktuellen Standort nicht sinnvoll ist.

Die Hauptmerkmale des neuen Projektes sind folgende:

- *Der neue Park wird die technischen Anforderungen erfüllen, ohne nachträgliche Zusatzkosten zu beantragen und gar Ausgaben mit Stadtratsbeschlüsse durchzuwinken.*
- *Es wird keinen Verkehrsdienst mehr an Spitzenzeiten geben.*
- *Es werden keine Parkplätze mehr fehlen.*
- *Es wird kein Rückstau mehr geben, da es ausreichend Platz für die Einstaustrecke geben wird.*
- *Es wird neu Platz für weitere Entsorgungsfractionen wie den Kunststoff geben.*

Zudem kann die bestehende Entsorgungsstelle während dem Ersatzbau weiter betrieben werden. Und ein neuer Standort für den Skatepark wird den Sportlern passen!

Das Projekt wird im Antrag gut beschrieben, die Konstruktion gut erklärt, die Auftragsvergabe technisch und finanziell wiedergeben, und der Kreditantrag und die Kostenkontrolle detailliert aufgelistet. Vom Kreditbedarf von CHF 4,6 Mio. werden CHF 2,0 Mio. gebührenfinanziert. Die

Differenz des Schluss-Saldos beträgt Fr. 2,7 Mio. und wird über die Steuern finanziert! Der Stadtrat zeigt dem Gemeinderat aber Ihre Grenzen auf, indem Sie aus dem Gemeindegesetz § 103 zitiert, welches die Gebundenheit von Fr. 3,879 Mio. unterstreichen soll. Naja, das kann jedes GGR-Mitglied für sich selbst werten! Also, Fr. 3,789 Mio. seien gebunden!

Schade finden wir, dass kein Programm für den Ersatz, oder gar ein Verzicht für die Fr. 5.00 Grundgebühr für die Besucher des Entsorgungsparks erarbeitet wurde. Denn, Fraktionen wie Papier, Karton, usw. welche kostenlos entsorgt werden, sollten am neuen Standort hoffentlich gratis entsorgt werden können, zumindest für die Adliswiler Bevölkerung.

Schade finden wir, dass die Stadt Land im Baurecht von der Privatwirtschaft beziehen muss, denn eigentlich müsste die Stadt, Bauland der Privatwirtschaft im Baurecht abgeben können! Eine Option wäre gewesen, das Land zu kaufen - warum eigentlich nicht?

Gut finden wir die Bauweise und die grosse Überdachung, vor allem das Verkehrskonzept welcher den Rückstau verhindern wird. Summa summarum können wir das Projekt unterstützen. Die SP-Fraktion folgt grossmehrheitlich dem Antrag des Stadtrates und empfiehlt die Annahme.

Silvia Helbling (FDP) erinnerte an die Budgetbelastung durch wiederkehrende Kosten. Jacqueline Schoch (Grüne) lobte die Verbesserung der Abläufe und die ökologische Holzkonstruktion mit Dachbegrünung. Der Skatepark wurde am heutigen Standort zu wenig genutzt und verdiene deshalb einen attraktiveren Standort. Kanny Muthuthamby (SP) sprach sich für den neuen Entsorgungspark aus. Er kritisierte aber die Benutzungsgebühr von 5 Franken und verlangte eine Änderung der Anlage, so dass die Ablieferung von Abfall, für den die Verbraucher bereits mit der Kaufsumme einen Entsorgungsbeitrag zahlen, wie Karton, Papier und Elektromüll, gebührenfrei erfolgen kann. Damit diese Anpassungen an das Projekt erfolgen können, stellte er einen Rückweisungsantrag.

Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) fasste in ihrer Replik die Vorteile des projektierten Entsorgungsparks am neuen Standort zusammen und hob hervor, dass für sie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Entsorgung an oberster Stelle stünden. Sie versicherte, dass der Skatepark einen neuen Standort erhalte.

Der Rückweisungsantrag von Kanny Muthuthamby wurde mit 23 Stimmen abgelehnt, der Antrag des Stadtrates gegen die Stimmen der SVP und zwei Enthaltungen angenommen.

Erhöhung des Stellenplans der Polizei

Gemäss dem Richtwert der Kantonspolizei, der pro 3000 Bürgern eine Polizeistelle vorsieht, ist die Polizei Sihltal bereits bisher sehr gut ausgestattet. Für die nicht ganz 28'000 Einwohner von Adliswil und Langnau stehen 1100 Stellenprozente zur Verfügung. Der Stadtrat argumentierte jedoch, dass der Richtwert für Gemeinden in einer stark urbanisierten Umgebung nicht ausreicht. Zusätzliche Präsenzzeiten an Samstagen – bedingt durch Veranstaltungen und auch durch längere Öffnungszeiten der Geschäfte – sowie Fuss- und Velopatrouillen führten zu einer hohen Auslastung des Personals. Es gäbe eine Fülle zusätzlicher administrativer Aufgaben und ausserdem wird die Einwohnerzahl in Adliswil auch noch weiter ansteigen. Der Stadtrat beantragte deshalb eine zusätzliche Stelle (100 Prozent), welche jährliche Kosten von ca. CHF 145'000 für Personalkosten, Ausbildung und Ausrüstung sowie einmalig CHF 10'000 verursacht.

Erwartungsgemäss gab es keine Opposition gegen diesen Antrag. Als Sprecher der SaKo sprach sich Urs Weyermann (SVP) dafür aus. Sait Acar sprach für die SP-Fraktion:

Im Namen der SP-Fraktion möchten wir unsere volle Unterstützung für den Verpflichtungskredit zur Schaffung einer zusätzlichen Polizeistelle im Sihltal zum Ausdruck bringen. In einer Zeit des Wandels und des Wachstums unserer Stadt ist es von entscheidender Bedeutung sicherzustellen, dass unsere Polizei über ausreichend Personal verfügt, um ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, insbesondere auf dem Schulweg unserer Kinder. Diese Ausgaben werden dazu beitragen, Adliswil sicherer und lebenswerter für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu machen und unsere Polizei in die Lage versetzen, Ihren hohen Qualitätsstandard beizu-

behalten. Wir appellieren an alle Mitglieder des Grossen Gemeinderats, diesen wichtigen Schritt zu unterstützen und den Verpflichtungskredit zu bewilligen.

Sebastian Huber (SVP) meinte, dass die SVP die «Partei für Sicherheit und Freiheit» sei. Bei Martial Jacoma (Mitte) traf das Anliegen auf Sympathie. Heinz Geissler (FDP) verwies darauf, dass der Vorsteher Sicherheit Mario Senn (FDP) gerade in seiner eigenen Familie für Bevölkerungszuwachs gesorgt habe, und Pascal Welti (Grüne) erinnerte an die Überlastung des polizeilichen Personals.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Gemeinderatssitzung endete schon um 21.20 Uhr.